Nr. 125. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8,75 Mk., für das übrige Ausland 13,— Mk. bei täglich einmal. Zustellung 11,— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2,— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Montag, den 8. März 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Prinz Joachim Albrecht in Haft.

Entgegen der Behauptung eines hiesigen Vormittagsblattes, wonach Prinz Joachim Albrecht sich noch auf freiem Fuß befinden soll, geht uns von zuständiger Stelle folgender Bericht über die Festnahme des Prinzen zu:

Der Reichswehrminister Noske erhielt von dem Vorfall im Hotel Adlon am Sonntagnachmittag Kenntnis. Er gab daraufhin sofort an das Polizeipräsidium persönlich den Auftrag, eine Ermittlung einzuleiten. Auf einen summarischen Bericht hin ordnete der Reichswehrminister darauf die Festnahme des Prinzen an. Der Prinz befand sich nicht in seiner Wohnung; sein Aufenthalt mußte erst ermittelt werden. Er bestritt entschieden, an den Radauszenen im Hotel Adlon aktiv beteiligt gewesen zu sein. Der Minister verfügte, daß der Prinz die Nacht über unter Bewachung in seiner Wohnung zu verbleiben habe. Heute vormittag wurde er auf Anordnung des Ministers in Schutzhaft nach dem Polizeipräsidium abgeführt. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit haben Polizei und Staatsanwaltschaft übernommen.

Während die meisten rechtsstehenden Blätter die Meldung von der Verhängung der Schutzhaft über den Prinzen Joachim ohne Kommentar geben, behauptet die „Deutsche Zeitung", daß hier „ein unerhörter Uebergriff des Reichswehrministers" vorliege, während der „Lokal-Anzeiger" den Rechtsgrund der Schutzhaft bestreitet, weil Fluchtverdacht nicht vorliege. Der „Lokal-Anzeiger" verwechselt Schutzhaft und Untersuchungshaft. Die Verhängung der Schutzhaft erfolgte auf Grund des Ausnahmezustandes. Wir sind grundsätzlich keine Freunde dieses Mittels, wenn es aber überhaupt Berechtigung besitzt, dann in erster Linie gegenüber Leuten, die in kritischen Zeitläuften mit Mitteln physischer Gewalt Unruhen hervorrufen. Solche Leute sind gerade um so gefährlicher, je weniger sie an Flucht denken.

Die diplomatische Erledigung.

Der französische Geschäftsträger und der General Nollet haben, wie die „V. P. N." erfahren, heute den Reichsaußenminister aufgesucht, um eine Erledigung des Zwischenfalls im Hotel Adlon herbeizuführen. Der Außenminister sprach sein Bedauern über den Vorfall aus und sagte Bestrafung der Schuldigen zu. Heute vormittag stattete ein höherer Beamter des Auswärtigen Amts dem verletzten französischen Kapitän einen Besuch ab, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen.

Fluchtbereit.

Aus Kreisen der Preußischen Verhandlung erfahren wir, daß Prinz Joachim Albrecht vor einigen Tagen den Versuch gemacht hat, sein Vermögen von etwa 30 Millionen Mark dort abzuheben.

Belastungs- und Entlastungszeugen.

Ueber die Vorgänge bei der Prügelei gehen die Aussagen der Beteiligten weit auseinander, was man übrigens fast bei jeder Wirtshausschlägerei beobachten kann. Joachim Albrecht bestreitet nach wie vor seine persönliche Beteiligung und will auch in dem Staatsrat v. Herfeld einen Entlastungszeugen gefunden haben, der die Unschuld des Hohenzollernsprossen unter Eid bekunden will. Dagegen bezeugen das Hotelpersonal und die ausländischen Zuschauer ausnahmslos, daß der Prinz allein der provozierende Teil gewesen sei.

Die strafrechtliche Seite.

Wie das Verhalten des rauflustigen Hohenzollernsprosses strafrechtlich zu beurteilen ist, hängt von der genauen Ermittlung des Tatbestandes und den Ergebnissen der Beweisaufnahme ab.

An Strafvorschriften kommen folgende in Betracht: § 125 St.G.B., der den Landfriedensbruch an jedem Teilnehmer mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft, an Rädelsführern mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten. Zum Tatbestande des Landfriedensbruches bedarf es einer öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge, die mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht. Da die Zusammenrottung in den Räumen eines Hotels erfolgt ist, so dürfte das Moment der Oeffentlichkeit der Zusammenrottung zum mindesten zweifelhaft sein.

Scheidet der Landfriedensbruch aus, so bleiben noch Beleidigung und Körperverletzung. Vorsätzliche Körperverletzung wird nach § 223 mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft. Ist die Körperverletzung von mehreren gemeinschaftlich begangen, so tritt nach § 223a Gefängnis nicht unter 2 Monaten (bis zu 5 Jahren) ein, bei Vorhandensein mildernder Umstände nach § 226 Gefängnis (von 1 Tag) bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe bis zu 1000 M. Der Versuch der Körperverletzung ist als solcher nicht strafbar, was zunächst den Beweis erfordern würde, daß die Würfe des Täters wirklich auch getroffen haben. Bei gemeinschaftlicher Körperverletzung genügt jedoch, daß überhaupt einer der Täter den Erfolg erreicht hat, um die Strafbarkeit aller Mittäter zu bedingen. Bei Annahme gemeinschaftlicher Körperverletzung nach § 223a könnte sich der Prinz also nicht damit entschuldigen, daß gerade seine Würfe fehlgegangen seien.

Nimmt das Gericht gemeinschaftliche Körperverletzung, die den Entschluß oder das Bewußtsein des gemeinsamen Handelns voraussetzt, nicht an, so würde auch in fehlgegangenen Würfen, die alsdann als versuchte einfache Körperverletzung nicht strafbar wären, immer noch der Tatbestand der tätlichen Beleidigung liegen. Diese wird nach § 185 mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.

Der Stand der Steuerarbeiten.

Von der Reichsabgabenordnung bis zur Besitzsteuer.*)

Von Wilhelm Keil.

Den Uebergang zum dritten Abschnitt bildete die Reichsabgabenordnung, die in ihrem grundlegenden, die einheitliche Reichsorganisation der Steuerbehörden betreffenden Teil schon im August in Weimar zustande kam, in ihrem umfassenden das Zivil- und Strafsteuerrecht regelnden Teil im Herbst in Berlin vollendet wurde. Die große Bedeutung dieses Gesetzeswerkes liegt nicht nur in der straffeinheitlichen Organisation der Steuerverwaltung, die bisher in den Einzelstaaten sehr verschieden gestaltet war und in manchen Teilen Preußens noch in den Händen der nicht fachmännischen Landräte lag, sondern vor allem in der Sicherung einer gleichmäßigen und schärferen Durchführung der Steuergesetze. Wie wichtig ist z. B. die neue Zusammensetzung der Einschätzungskommissionen, wie wertvoll die Auskunftspflicht der Banken und Sparkassen!

Mit der Reichsabgabenordnung war der Boden gelegt für die Uebernahme der fortdauernden direkten Steuern von den Einzelstaaten aufs Reich. Kriegsgewinnsteuer und Notopfer sind einmalige Abgaben, die Erbschaftssteuer wird in Zeitabständen, die durchschnittlich ein Menschenalter betragen, erhoben. Der Einkommen-, der Kapital-, der Grundstück-, und Gewerbeertrag wird dagegen alljährlich erfaßt. Mit dem Einkommen-, dem Körperschafts- und dem Kapitalertragssteuergesetz, die gemeinsam mit dem Landessteuergesetz den dritten Abschnitt der Reichssteuergesetzgebung bilden, zieht das Reich die großen Gebiete der fortlaufenden direkten Steuern an sich. Das Einkommensteuergesetz gilt nur für die natürlichen Personen. Es führt einen neuen Einkommensbegriff ein, der die Quellentheorie verläßt und auch die einmaligen Gewinne jeder Art umfaßt. Es rechnet das Einkommen von Ehemann und Ehefrau zusammen, gestattet aber, den Mehraufwand im Haushalt, der durch eine Erwerbstätigkeit der Ehefrau entsteht, bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens abzuziehen. Das Arbeitseinkommen der Kinder läßt es getrennt von dem des Vaters veranlagen, wodurch der höhere Steuersatz vermieden wird, der bei der Zusammenwerfung in Kraft treten würde. Der alleinstehende Steuerpflitige darf 1500 Mk., das kinderlose Ehepaar 2000 Mark vom steuerbaren Einkommen abziehen. Dazu kommt ein Abzug von 500 M. für jedes Kind, der sich auf 700 M. erhöht, wenn das Einkommen nicht mehr als 10 000 M. beträgt. Der Steuersatz beträgt 10 Proz. für die ersten 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens und steigt bis zu 60 Proz. für die über 500 000 M. hinausgehenden Einkommensbeträge. Den Lohn- und Gehaltsempfängern jeder Art werden 10 Proz. für die Steuer vom Lohn und Gehalt einbehalten, die durch Marken in einem Steuerbüchlein quittiert und entweder auf die höhere Forderung des Steuerzettels angerechnet oder gegenüber der niedrigeren Forderung des Steuerzettels vom Finanzamt vierteljährlich zurückerstattet werden. Die Bestimmungen über die Berechnung des Einkommens der Ehefrau, der Kinder und über die zulässigen Abzüge sind durch sozialdemokratische Anträge gegenüber der Vorlage erheblich verbessert worden.

Zu der Einkommensteuer der natürlichen Personen tritt die der Körperschaften, unter denen die Aktiengesellschaften die größte Gruppe bilden, hinzu. Diese Steuer soll nach den Ausschußanträgen vorweg 10 Proz. des gesamten Einkommens ausmachen. Dazu kommt ein Zuschlag, der von den an die Gesellschafter auszuschüttenden Beträgen erhoben wird. Ausschüttungen bis zur Höhe von 3 Proz. des Grund- und Stammkapitals bleiben vom Zuschlag frei, über 3 Proz. hinaus tritt ein gestaffelter Zuschlag in Kraft, der den Höchstsatz von 10 Proz. erreicht, wenn die Ausschüttung mehr als 18 Proz. des Grund- oder Stammkapitals beträgt. Im ganzen kann also die Körperschaftssteuer bis zu 20 Proz. ansteigen. Die tote Hand wird also nur mit 10 Proz. getroffen.

Erfaßt die Einkommensteuer das Einkommen jeder Art ohne Rücksicht auf seine Quelle, so wird das in Kapitalzins bestehende Einkommen von der Kapitalertragsteuer noch einmal gesondert gefaßt. Diese Steuer wird in der Höhe von 10 Proz. des Kapitalertrags erhoben, und zwar an der Quelle, d. h. sie wird vor Auszahlung des Kapitalzinses von diesem durch den Schuldner abgezogen. Die Folge dieses vereinfachten Verfahrens, das in Rücksicht auf die überlasteten Steuerbehörden angewendet werden muß, ist, daß weder ein Schuldenabzug, noch eine Progression bei der Kapitalsteuer möglich ist.

Das Landessteuergesetz endlich regelt die Besteuerungsrechte der Länder und Gemeinden und die Anteile, die ihnen von den Reichssteuern zustehen. Einkommensteuern oder einkommensteuerartige Steuern dürfen die Länder und Gemeinden nicht mehr erheben, auch keine Zuschläge zur Reichseinkommensteuer, nur die steuerfreien Einkommens-

*) Siehe Nr. 123 d. Bl.

Das Wirtschaftsmanifest.

Weitere Einzelheiten.

Paris, 8. März. (Havas-Meldung.) Die Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen, um das vorbereitete Wirtschaftsabkommen zum Abschluß zu bringen, dauern fort. Der Entwurf enthält zuerst eine Erklärung der Ursachen, die die gegenwärtige Wirtschaftskrisis herbeigeführt haben. In dem Memorandum heißt es:

Der Friede ist nicht völlig wiederhergestellt. Die industrielle und landwirtschaftliche Erzeugung vermindert sich, während der Verbrauch überall wächst. Der Papiergeldumlauf ist erhöht. Die außerordentlichen Ausgaben haben sich in ungeheurem Maße erhöht. Die Valuta hat das Gleichgewicht verloren.

Außerdem befaßt sich das Memorandum mit den den kriegführenden Regierungen gewährten Krediten.

Hierauf folgt eine Reihe von Vorschlägen, um der wirtschaftlichen Krise abzuhelfen. Namentlich gegen diesen letzten Teil hat die französische Regierung Einwendungen machen wollen. Sie hat sich hauptsächlich gegen die Stelle verwahrt, die von der Revision des Versailler Vertrages handelt und der Wiedergutmachungskommission ihre Vorrechte an dem Vertrage nimmt, sowie Deutschland die Freiheit läßt, über die Ausdehnung seiner Verpflichtungen zu bestimmen, die ihm obliegen. Die Regierung betonte außerdem die besondere Wichtigkeit, die sie auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, besonders Nordfrankreichs lege.

Der Oberste Rat, der bis zur Abreise Nitti in London tagte, hat ihre Einwendungen zu Recht erkannt. Er hält die Verantwortung der Wiedergutmachungskommission vollständig aufrecht und fügt eine Stelle hinzu, in der die Wichtigkeit der Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete hervorgehoben wird. Ueber andere Punkte derselben Frage werden die Verhandlungen gegenwärtig fortgesetzt.

Amerikanische Hilfe für Europa.

Washington, 7. März. (Reuter.) Der Haushaltungsausschuß des Repräsentantenhauses hat die Entschließung gutgeheißen, in der die Regierung und die Getreidekorporation ermächtigt werden, den bedürftigen europäischen Ländern fünf Millionen Scheffel Weizen auf Kredit zu verkaufen. Dieser Weizen wird statt der vom Schatzamt vorgeschlagenen Anleihen von fünfzig Millionen Dollar für Oesterreich, Polen und Armenien angeboten.

Die bolschewistische Offensive.

Kopenhagen, 8. März. (WTB.) Die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet" meldet, daß nach einem Telegramm aus Reval bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 150 000 Mann den Dnjestr an mehreren Punkten überschritten hätten. Sie würden bald in Bessarabien einrücken. Die rumänischen Truppen seien geschlagen. In Rumänien halte man die Lage für kritisch.

Helsingfors, 7. März. Zwischen der Räteregierung und Finnland wurde durch Notenwechsel vereinbart, die Feindseligkeiten in den Grenzgebieten einzustellen. Es dürften Friedensverhandlungen bevorstehen.

Bessere Wagengestellung im Ruhrrevier.

Berlin, 8. März. (WTB.) Die Abfuhr der Kohlen im Ruhrrevier hat in der laufenden Woche eine wesentliche Steigerung erfahren. Die Wagenstellung ist von täglich rund 16 300 in der letzten Februarwoche auf nahezu 22 000 gestiegen. Die ziffernmäßigen Ausfälle sind von rund 7000—8000 bereits auf etwa 900 zurückgegangen und werden voraussichtlich weiter fallen. Bemerkenswert ist auch, daß die Anforderungen infolge der besseren Wagenstellung erheblich zurückgegangen sind. Während Ende Februar noch über 24 000 Wagen täglich verlangt wurden, sind zum 6. März nur noch 21 838 Wagen angefordert worden.

teile, die bei der Reichseinkommensteuer abgezogen werden, können die Gemeinden noch gleichmäßig erfassen, wenn es die Landesgesetzgebung gestattet. Der Abzug von 700 M. für jedes Kind hat aber in jedem Fall steuerfrei zu bleiben. Vom Ertrag der Einkommensteuer sollen die Länder und Gemeinden zwei Drittel bekommen, von der Körperschaftssteuer 50 Proz., von der Erbschaftssteuer 20 Proz., von der Grunderwerbssteuer 50 Proz., von der Umsatzsteuer 10 Proz. Außerdem können die Länder und Gemeinden Steuern vom Ertrag des Grundvermögens und vom Gewerbebetrieb erheben, eine Vergnügungssteuer müssen die Gemeinden erheben. Den Ländern und damit auch den Gemeinden wird überdies ihre bisherige Einnahme aus der Einkommensteuer mit einem den steigenden Lasten entsprechenden Zuschlag gewährleistet, und die aus Anlaß des Krieges den Gemeinden direkt erwachsenen Lasten (Familienunterstützung, Beschaffungsbeihilfen usw.) werden vom Reich übernommen.

Trotz alledem werden die Gemeinden noch sehr sehr sparsam leben müssen, wenn sie mit ihren künftigen Einnahmen auskommen wollen. Das gleiche gilt aber fürs Reich, dem niemand bestimmte Steuereinkommen gewährleistet. Schon aus diesem Grunde muß für eine entschlossene Durchführung aller Steuergesetze gesorgt werden. Die neue Steuergesetzgebung weist einen stark antikapitalistischen Grundzug auf. In kapitalistischen Kreisen hofft man daher, nachdem Erzberger aus seinem Amt geschieden, auf eine nachsichtige Durchführung der Steuern. Die Ablehnung der Mehrverbrauchssteuer, auch Verschwendungssteuer genannt, die ein Bestandteil der einleitend erwähnten Besitzsteuer war, seitens des Reichsrats bestärkt sie in dieser Hoffnung. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es daher sein, nicht nur diese Mehrverbrauchssteuer, die auch den großen Besitz zu einer bescheideneren Lebenshaltung anhält, wieder in die Besitzsteuer hineinzubringen, sondern auch die streng sinngemäße Durchführung der gesamten neuen Steuern sicherzustellen.

Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche.

Baldiger Zusammentritt der Generalsynode.

Aus dem Preußischen Staatsministerium wird uns folgende Zuschrift zur Veröffentlichung übersandt:

Wie durch die Zeitungen bekannt geworden ist, haben während der letzten Wochen Verhandlungen zwischen den vorläufig mit der Ausübung des landesherrlichen Kirchenregiments beauftragten drei Ministern einerseits und Vertretern des Evangelischen Oberkirchenrats und des Generalsynodalvorstandes andererseits über die Zusammenberufung der Generalsynode und über die ihr zur Neuregelung der Kirchenverfassung zu machenden Vorlagen stattgefunden.

Die Minister haben es als ihre Aufgabe betrachtet, schon im gegenwärtigen Stadium auf eine Gestaltung der kirchlichen Vorlagen hinzuwirken, die die erforderliche staatsgesetzliche Bestätigung der Kirchengesetze durch die Landesversammlung erhoffen läßt.

Sie sind dabei von der Auffassung ausgegangen, daß durch Artikel 137 der Reichsverfassung der Kirche zwar die selbständige Ordnung ihrer Angelegenheiten zugestanden sei, daß sie sich aber dabei in den Schranken des für alle geltenden staatlichen Gesetzes zu halten habe und deshalb die durch § 5 der Notverfassung getroffene einstweilige Regelung des landesherrlichen Kirchenregiments nicht einseitig durch ein Kirchengesetz ändern dürfe.

Dieser Rechtsauffassung wurde seitens der kirchlichen Vertreter zugestimmt. Die Fassung eines dieser Rechtslage entsprechenden Kirchengesetzes wurde vereinbart. Der Erlaß eines solchen Gesetzes wird aus der Mitte der Generalsynode beantragt und seine Annahme von dem Evangelischen Oberkirchenrat sowie von Mitgliedern des Generalsynodalvorstandes befürwortet werden.

Auch über die beiden Punkte, welche bisher im Vordergrunde der öffentlichen Erörterung gestanden haben, die Sicherstellung einer wirksamen Beteiligung der Laien und die gerechte Verteilung des Stimmgewichts zwischen Stadt und Land in der verfassunggebenden Versammlung, wurde ein Einverständnis erzielt.

Die Wählbarkeit zur verfassunggebenden Versammlung soll nach diesen Anträgen an die Zugehörigkeit zu den Vertretungen kirchlicher Körperschaften nicht mehr gebunden, die Zusammensetzung der Versammlung vielmehr nur insoweit gesetzlich beschränkt sein, als ein Drittel der Sitze den Geistlichen der Landeskirche vorbehalten bleibt.

Das Uebergewicht der kleinen Gemeinden sucht bereits der Gesetzentwurf des Evangelischen Oberkirchenrats durch Zusatzstimmen für die Vertreter der größeren Gemeinden auszugleichen. Von kirchlicher Seite wurde zugegeben, daß die erstrebte Wirkung mit der vorgeschlagenen Stimmenzahl noch nicht erreicht werde; deshalb seien bereits vor den gegenwärtigen Verhandlungen kirchlicherseits Anträge auf Besserstellung der größeren Gemeinden für die Beratungen der Generalsynode in Aussicht genommen gewesen. Demgemäß soll bei der Generalsynode darauf hingewirkt werden, bereits den Gemeinden von 2000 Seelen ab Zusatzstimmen zu gewähren und deren Zahl für die größeren Gemeinden wesentlich zu vermehren.

Die drei Minister haben zwar darüber keinen Zweifel gelassen, daß sie die Ausschreibung von Urwahlen der Gewährung von Zusatzstimmen an die mittleren und größeren Gemeinden vorziehen würden; sie glaubten aber, nach den vorstehenden Zugeständnissen sich in der Frage des Wahlsystems selbst (Urwahlen oder gemeindeweise Wahlen) eines Einflusses auf die freie Entschließung der Generalsynode enthalten zu sollen, zumal auch Mitglieder des gegenwärtigen General-Synodalvorstandes auf der Generalsynode für das System der Urwahlen durch Stellung von Anträgen eintreten werden.

Auf Grund des befriedigenden Ergebnisses der im Geiste des Vertrauens geführten Verhandlungen haben sich die Minister mit dem baldigen Zusammentritt der Generalsynode einverstanden erklärt.

Bismarck und der Bankdirektor.

Zum Kapitel: Republik und Korruption.

In geschickter Verdrehung des Tatbestandes suchen bekanntlich unsere Deutschnationalen die bisherigen Ergebnisse des Erzberger-Prozesses gegen Helfferich, soweit sie für Erzberger belastender Natur sind, gegen die Republik auszuschlachten. In ihrer von Wahrheitsliebe nicht getrübten Agitation verkünden sie seit Wochen und Monaten die Korruption der Republik, der gegenüber die Monarchie — möglichst die absolute — in reinem Glanze erstrahlt. Da dürfte es von Interesse sein, sich einmal die Geschichte der deutschen Monarchie auf ihre Sauberkeit anzusehen, um festzustellen, ob wirklich dort nur Licht, hier nur Schatten zu finden ist.

Im Jahre 1886 war die deutsche Presse voll von erregten Erörterungen über den „Fall Bötticher". Herr v. Bötticher war Staatsminister, sein Schwiegervater Bankdirektor in einer Ostseestadt. Dieser nun stand vor dem finanziellen Zusammenbruch. Der damalige Präsident der Reichsbank machte hiervon dem Staatssekretär v. Bötticher Mitteilung, jedoch dieser lehnte es ab, zugunsten seines Schwiegervaters irgendwie zu intervenieren; dagegen wurde von Familienmitgliedern eine Sammlung veranstaltet und er selbst steuerte aus seinem Vermögen Beträchtliches zu, um die Schuldenlast des Herrn Bankdirektors zu decken. V. Bötticher machte von der Angelegenheit dem Reichskanzler Bismarck Mitteilung und erklärte sich zum Rücktritt von seinen Aemtern bereit. Fürst Bismarck wies jedoch den Rücktrittsgedanken zurück und ließ mit Genehmigung des Kaisers Wilhelm I. die von den Verwandten und Freunden des Bankdirektors gegebene Summe aus dem Welfenfonds ersetzen, während v. Bötticher selbst die von ihm gegebene Summe nicht erstattet erhielt. Der ersten Enthüllung im „Wiener Tageblatt" Anfang März 1891 folgten Pressedebatten, die für alle Beteiligten höchst peinlich waren.

Was würden wohl unsere heutigen Regierungsstürzer sagen, wenn einer der Minister unter Zustimmung des Reichspräsidenten den Angehörigen eines bedrängten Bankdirektors aus staatlichen Geldern ihre Auslagen ersetzte? Das Korruptionsgeschrei würde kein Ende nehmen, und die Forderung nach dem Rücktritt der schuldigen Minister würde unablässig erhoben werden. Daß einer der Vorfahren unserer nationalen Tugendhelden den Rücktritt Wilhelms I. oder Bismarcks anläßlich der hier erzählten nicht ganz sauberen Angelegenheit gefordert hätte, davon weiß die Geschichte nichts zu melden; dies würde auch zu sehr den Traditionen jener widersprechen, die ihr moralisches Ich nur dann entdecken, wenn es sich mit ihren Privilegien und Sonderinteressen in Uebereinstimmung befindet.

Pommersche Junkerkrise.

Wir werden um Veröffentlichung folgender Zeilen gebeten:

In dem größten Teile von Pommern und speziell in Hinterpommern herrscht augenblicklich eine drückende Gewitterschwüle. Der 1. April rückt näher und näher und damit der Termin, an dem Tausende von Landarbeitern, die zum Teil Jahrzehnte in ihren Wohnungen auf derselben Arbeitsstelle gelebt und gelitten haben, nach dem Willen eigennütziger und brutaler Besitzer auf die Straße gesetzt werden sollen.

Der Reichswehrminister, der den furchtbaren Ernst der Lage vielleicht erkannte, ordnete in einem Erlaß an, daß sämtliche Kündigungen zunächst von einer Einigungsstelle nachgeprüft werden sollten. Die Reichswehrgruppenkommandanten gaben weitere Ausführungsbestimmungen dazu mit dem Erfolg, daß sie nicht befolgt werden.

Gerade unter der Landarbeiterschaft ist der Wille zur Arbeit lebendiger als irgendwo im Reich. Man verlangt allerdings heute eine zeitgemäße Entlohnung sowie eine angemessene Behandlung. Es erübrigt sich, daß man über die Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit, über die möglichst restlose Bestellung jedes Fleckchen Bodens auch nur ein Wort verliert. Jetzt werden aber durch den Machtwillen der Junker Tausende aus der allernotwendigsten Produktion, der Lebensmittelerzeugung, während der Hauptarbeitszeit herausgerissen. Darunter wird natürlich in erster Linie jetzt der Anbau wieder leiden und ferner ein Mindderertrag an Ernte im Herbst die Folge sein. Das Volk wird sich für ein weiteres Jahr der Not und dafür, daß weitere ungezählte Milliarden zum Ankauf von Lebensmitteln in das Ausland abgehen und die ungünstige Finanzlage des Reiches verschlechtern, bei den Edelsten der Nation, den Junkern, bedanken können. Man sieht den Unterschied zwischen Theorie und Praxis in der Vaterlandsliebe der Blaublutrasse.

Die Triebfeder dieser ganzen Bewegung sind die im pommerschen Landbund vereinigten Großagrarier.

In der letzten Zeit mehren sich nun auch die Fälle, in denen man gegen die gekündigten Arbeiter mit Räumungsklagen vorgeht. Die Gerichte stellen sich durchweg auf den Standpunkt, daß der Erlaß des Reichswehrministers nicht maßgebend sei, und verurteilen die Angeklagten zur Räumung und zur Tragung der entstandenen Kosten. Unserer Auffassung nach ist die Rechtslage so, daß die Gerichte erst dann der Klage stattgeben können, wenn von dem Kläger die Entscheidung der Einigungsstelle über die zu Recht erfolgte Kündigung beigebracht wird.

Will man aber nicht in diesem Sinne handeln, dann heißt auf der andern Seite auch der Arbeiter volle Handlungsfreiheit und muß sich sein Recht, so traurig es für das deutsche Volk wäre, durch eigene Macht erkämpfen.

Wird nämlich die Rechtmäßigkeit des Erlasses des Reichswehrministers zugunsten der Besitzer von den Gerichten bestritten, dann kann der Landarbeiter mit Fug und Recht bestreiten, daß ihm das verfassungsmäßig garantierte Streikrecht irgendwie beschnitten werden darf.

Die Situation ist ernst, ernster vielleicht, als wie die Mehrzahl des Volkes es ahnt. Es ist daher unbedingt notwendig, daß hier die Regierung den planmäßig das Reich zerstörenden Saboteuren das Handwerk legt, will sie sich nicht von Ereignissen überraschen lassen, deren Folgen wir nicht absehen können.

„Jibt es nich!"

„Kriegsverbrecher? Jibt es nich!"
Unentwegt und treu und stark,
dreist geleugnet nur den Quark,
Gott erhalte Helfferich!"
Also rufen die Triarier,
Jarderitter, Schlotbaron,
fettgefüllte Großagrarier
— dicht geschart einst um den Thron —
und was drum und dran so hängt,
sich nach fetter Beute drängt.

Ja, du staunst, mein liebes Kind,
alles geht doch seinen Gang,
weißt du nicht, wie Brüder sind?
Denn von jeher war's im Schwang:
Keine Krähe wetzt den Schnabel
an der andern feistem Bauch;
guter Freundschaft festes Kabel
bindet Stegreifmann und Gauch.
Dem Gewerbe Unterkunft
bietet jede Schelmenzunft.

Wer den Kessel hat geheizt,
bis die Glut zum Himmel sprang,
toll gestochert und gereizt,
daß der Mensch den Menschen schlang,
dann mit schnellgeschickten Griffen
still für sich den Nutzen barg —
dieser hat es nie begriffen,
und er schwört am offenen Sarg:
Kriegsverbrecher jibt es nich,
Gott erhalte Helfferich!

Schlaraffi.

Der Bund der Schulkunstausstellungen, der in den Schulen aller Gattungen Ausstellungen von Werken der Malerei, Graphik und Bildhauerei sowie des Kunstgewerbes veranstalten und durch Zusammenarbeit der Lehrer und Künstler eine vertiefte künstlerische Erziehung der Jugend erstreben will, hielt dieser Tage in Berlin seine konstituierende Versammlung ab. Es traten eine ganze Anzahl Künstlervereinigungen aller Richtungen, voran der Verein Berliner Künstler, bei, sowie fast sämtliche Lehrervereinigungen Groß-Berlins. Zum Vorsitzenden wurde der Bildhauer Gotthard Sommenfeld, zum Schriftführer der Lehrer Walter Großmann gewählt. Staatliche und städtische Behörden haben ihre Förderung zugesagt.

Soziale Dichtungen. Am sechsten Kunstabend des Bezirksbildungsausschusses der S. P. D. sprach Max Hochdorf über „Soziale Dichtungen". Er entwickelte in seinem Vortrag den historischen Verlauf, den diese Dichtungsgattung genommen hat, bis sie vom Naiv-Unbewußten über das Individuell-Egoistische zu einem gemeinschaftswirkenden Erlebnis geworden ist, so daß heute von jeder Dichtung gesagt werden kann, sie sei in höherem Sinne sozial. In einzelnen Beispielen wies Hochdorf das nach, indem er vom alten Griechenland ausging, wo die soziale Dichtkunst noch national gebunden war, und er vertrat die Ansicht, daß der Mensch ursprünglich nicht gut sei, sondern daß die Zeit ihn erst von der Grausamkeit befreien müsse. Die Jahrhunderte der Vagabundenlieder der sozialen Trutzdichtungen führte er als charakteristisch für die persönlich gehemmten sozialen Klagelieder an, sprach dann von der Zeit Luthers und Huttens und verwies auf das Erstaunen, mit dem Rousseaus Menschheitsideale wie eine psychologische Entdeckung des wahren Menschtums aufgenommen wurde. Dann kamen Heine und in England Dickens, in Frankreich vorher schon Béranger als Weckrufer sozialer Nöte, und jetzt begann nach der sozialen Lyrik der soziale Roman das europäische Gewissen zu schärfen. Der Krieg schuf neue Nachdenklichkeit, erregte das Herz und sah namentlich in Leonhard Frank und Barbusse Verteidiger wahrer Menschenliebe.

Margarete Merbach las sodann „Soziale Dichtungen" vor, die aus dem letzten Jahrhundert genommen waren, sie legte in ihre Stimme viel persönliches Mitempfinden und bewegte dadurch die Zuhörerschaft tief. Am meisten ergriff neben Dehmels „Arbeitsmann" wohl Heines „Jammertal" und Gerrit Snaars „Armleutekinder Loblied auf den Winter". Mit zeitgenössischer Prosa kamen Barbusse und auch Hochdorf selbst zu Worte. Vielleicht darf anempfohlen werden, auf dem Programm den Namen der Dichter eine Angabe über Geburts- und Todesjahr beizufügen. hso.

Die Deutsche Hochschule für Leibesübungen wird am 15. Mai in Berlin eröffnet werden. Das Arbeitsgebiet ist folgendermaßen eingeteilt: 1. Uebungslehre: Theorie, Praxis und Wertung der Bewegungslehre, Psychologie. 2. Gesundheitslehre: Anatomie und Anthropologie, Physiologie, Hygiene, erste Hilfe bei Unfällen, Heilgymnastik und funktionelle Orthopädie. 3. Erziehungslehre: Betriebsweise (Methodik und Systematik) der Leibesübungen, Jugendpflege. 4. Verwaltungslehre: Geschichte, Verbreitung und Statistik, Vereinswesen, Organisation, Gesetzes- und Regelkunde, Turn- und Sportsprache, Gerätekunde, Sportplatz- und Uebungsstättenbau. Der Reichsausschuß fordert alle, die ihre Mitarbeit der neuen Hochschule zur Verfügung stellen wollen, auf, bis 20. März eine entsprechende Mitteilung an das Generalsekretariat des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Berlin, Schadowstr. 8, gelangen zu lassen. Die deutschen Landesregierungen haben einheitlich zum Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen Vertreter ernannt.

Für das staatliche Bauhaus in Weimar ist eine vom Bildungsausschuß der organisierten Arbeiterschaft Weimars in das Volkshaus berufene Versammlung eingetreten. Das Ziel, neue Lehrkräfte unter künstlerischer Leitung heranzubilden, wurde sehr lebhaft begrüßt. Die Versammlung, in der Direktor Gropius von Arbeitern und Handwerkern gestellte Fragen beantwortete, war zur Klärung des Bauhausstreites veranstaltet worden.

Das Schicksal der Oldenburger Galerie schwebt noch immer im Ungewissen. Nur das eine ist sicher: Großherzog Friedrich August hat unter dem Schutze des Zustandes, der das im § 147 der Verfassung vorgesehene Kunstausfuhrverbot nicht kennt, eines Abends einen stattlichen Möbelwagen vor der Oldenburger Galerie vorfahren lassen. Die Werke der Rubens und Rembrandt, van Dycks Kavalier, Bruegel, Dou und Verspronck, Italiener vom Range des Lotto, Moretto und Doltraffin wurden dann zu einer kleinen Bahnstation gefahren, als Möbel deklariert und kamen so nach Holland. Dort lagern sie bei dem Amsterdamer Kunsthändler Muller. Der Vertrag mit dem Staat wurde in letzter Stunde vom Großherzog zurückgewiesen, und jetzt heißt es, er habe die Bilder für 15 Millionen an ein Konsortium verkauft. Aber das ist offenbar nicht wahr oder noch nicht wahr, denn es wird wieder zwischen Oldenburg und seinem früheren Landesvater verhandelt. Der geringere Teil der Bilder ist noch in Oldenburg, hauptsächlich die Altdeutschen, aber auch Corneliss' „Graf Edzard von Ostfriesland". Davon soll aber auch wieder nur ein Teil in dem zum Landesgewerbemuseum bestimmten Schloß bleiben, der andere ins Familienmuseum nach Schloß Eutin kommen. Doch bei der Geschäftstüchtigkeit des früheren Großherzogs ist das sicher noch nicht das letzte Wort in der recht üblen Angelegenheit.

Paula Schlenther-Conrad, die kürzlich sechzig Jahre alt wurde, richtet an ihre Gratulanten durch uns folgende Dankzeilen: Zu meinem 60. Geburtstage sind mir so viele Glückwünsche zugegangen, daß ich leider nicht jedem einzelnen danken kann. An meinen herzlichen Dank kann ich nur noch eine ebenso herzliche Bitte knüpfen, nämlich daß alle, die so freundlich waren, sich meines 60. Geburtstages zu erinnern, nun auch so freundlich sein mögen, ihn wieder zu vergessen. Paula Conrad.

Ueber kosmischen und planetarischen Magnetismus wird am Mittwoch, den 10. März, 7½ Uhr, Prof. Dr. Nippoldt unter Vorführung von Lichtbildern in der Treptow-Sternwarte sprechen.

Eine Kleist-Gesellschaft ist vor einigen Tagen im Sitzungssaal der Preußischen Staatsbibliothek gegründet worden. Sie will ähnliches leisten, wie die Goethe-Gesellschaft. Für die Eindürgerung Kleists im deutschen Volke soll gewirkt werden. Graf Polzbowsky wurde zum Vorsitzenden gewählt, zu Beisitzenden der Kleistforscher Prof. Minde, Ponet und Prof. Dr. Petersen. Zum Vorstande gehören u. a. Gerhart Hauptmann, Max Liebermann, Ricarda Huch, dann Oberbürgermeister Trautmann und Dr. Groeper. Die beiden letztgenannten, aus Frankfurt a. O., haben sich um die Vorarbeiten zur Gründung der Gesellschaft verdient gemacht.

Ein Finnischer Kunstabend wird vom Frauenweltbund am 9. März abends 8 Uhr im Deutschen Lyzeumklub, Lützowplatz 8, veranstaltet. Mitwirkende: John Ordavist, Gabriele Wietrowetz, Klaus Pringsheim, Eino Solmi, Ferd. Gregory, Jeanne Robert.

Die Kunstausstellung „Der Sturm" stellt nunmehr die ersten Bilder aus, die seit Friedensschluß aus Frankreich nach Deutschland gekommen sind: Werke von Sonja Delaunay-Terk.

Max Fürbringer, der bedeutende Vertreter der vergleichenden Anatomie, ist, 74 Jahre alt, in Heidelberg, wo er bis 1912 an der Universität lehrte, gestorben.

Die Atmosphäre für die Revision.

Ausbau der demokratischen Republik.

Der ehemalige Friedensdelegierte Deutschlands in Versailles, Dr. Carl Melchior, hat kürzlich in einer Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Hamburg einen Vortrag „Zur auswärtigen Politik" gehalten, der uns jetzt im Wortlaut vorliegt und in dem ein sehr klares Aktionsprogramm entwickelt wird, dem auch wir Sozialdemokraten bis auf kleine nebensächliche Punkte vorbehaltlos zustimmen können. Besonders erfreulich in den Ausführungen Melchiors ist die Schärfe, mit der dieser Demokrat das für Deutschland Unheilvolle der reaktionären Bestrebungen auseinandersetzt. Die große Richtlinie unserer auswärtigen Politik muß die Revision des Friedensvertrages sein. Melchior wirft die Frage auf, wie wir die allgemeine Atmosphäre für eine derartige Revision vorbereiten können. Diese Frage beantwortet er damit, daß die erste Voraussetzung auf dem Gebiete der inneren Politik liege:

„Alle Handlungen, die darauf hinzielen, in offener oder versteckter Weise diese (frühere) militärische Machtstellung zu erneuern, werden die Verbesserungen der Bedingungen des Vertrages von Versailles verhindern. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn unsere Rechtsparteien ihre innere Politik, d. h. eine auf möglichste Herstellung der alten Verhältnisse gerichtete Politik, so treiben, als wenn wir auf einer isolierten Insel wohnten. Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt das Ausland jede Bewegung zur Wiederherstellung der alten militärischen Gewalten, und jede derartige Bewegung beeinträchtigt die Arbeit für die Revision des Friedens. Die Völker, die heute maßgebend sind, werden nur zu einem wirklich demokratisch regierten Deutschland Vertrauen gewinnen. Vom außenpolitischen Standpunkt ist **das einzig Richtige, in dem Ausbau der republikanisch-demokratischen Richtlinien fortzufahren.**"

Wir begrüßten dieses rückhaltlose Bekenntnis zur Republik eines führenden Demokraten um so freudiger, als wir gerade in der letzten Zeit die Empfindung gewinnen mußten, als sei innerhalb der Demokratischen Partei ein gewisser opportunistischer Zug im Gange, der auf alles andere hinzielt als auf einen „Ausbau der republikanisch-demokratischen Einrichtungen".

In diesem Zusammenhang muß man auch die Haltung der Demokraten in der Preußischen Landesversammlung in der Abfindungsfrage auf das tiefste bedauern. Wer die Auslandspresse verfolgt, wird wissen, wie die bloße Ankündigung des „Ausgleiches" zwischen Preußen und den Hohenzollern von den Gegnern einer Revision des Versailler Vertrages ausgeschlachtet wurde. Da heißt es: Deutschland behauptet, es könne nicht bezahlen, es sei ruiniert, der Vertrag müsse geändert werden — aber für den schuldigen Wilhelm hat es doch Hunderte von Millionen übrig. So sehr es uns auch widerstrebt, den Scharfmachern auf der Gegenseite in irgendeiner Form zuzustimmen, müssen wir dennoch gestehen, daß dieses Argument nicht ganz unberechtigt ist, und vor allem müssen wir uns darüber klar sein, daß es seine Wirkung nicht verfehlen wird. Wenn die Deutschnationalen ihr monarchistisches Interesse auch in dieser Frage über das Interesse des deutschen Volkes stellen und diese Erschwerung der Revisionspolitik leichten Herzens hinnehmen, so können wir uns darüber nicht wundern, denn ihre ganze Politik ist in dieser Beziehung im höchsten Grade antinational. Aber von Demokraten dürften wir doch erwarten, daß sie alles vermeiden, was geeignet wäre, die Vorbereitung jener Atmosphäre, die wir für die Revision des Versailler Vertrages dringend benötigen, zu erschweren.

Neue Streikwelle in Frankreich.

Bethune, 8. März. (WTB.) Der Gewerkschaftskongreß für die Departements Nord und Pas-de-Calais ist gestern hier zusammengetreten. Da die von Paris gemachten Zugeständnisse als ungenügend erachtet wurden, wurde mit 164 gegen 14 Stimmen der Streik beschlossen.

Wilsons neue Adrianote.

Washington, 7. März. (WTB.) In seiner Antwort auf die letzte Note Lloyd Georges und Millerands über die adriatische Frage wiederholt Wilson, daß die Vereinigten Staaten die Inkraftsetzung der Bestimmungen des Londoner Paktes nicht billigen können, es sei denn, daß sie die Ueberzeugung gewinnen könnten, daß diese Bestimmungen im wesentlichen annehmbar und so beschaffen seien, daß sie der Aufrechterhaltung des Friedens im Südosten Europas nicht schaden können. Wenn Italien und Südslawien auf einen Pufferstaat verzichten wollten und die Oberhoheit über die Stadt Fiume dem Völkerbund übertragen wollen in der Weise, daß weder Italien noch Südslawien die Kontrolle über die Stadt beanspruchen, so seien die Vereinigten Staaten damit einverstanden, daß die beiden Staaten in einem Abkommen ihre gemeinschaftlichen Grenzen festlegen.

•

Washington, 7. März. (WTB.) Mit 46 gegen 25 Stimmen stimmte der Senat neuerlich dem Vorbehalt zum Friedensvertrage zu, nach dem die Vereinigten Staaten es ablehnen, an den Auslagen des Völkerbundes ohne Zustimmung des Kongresses der Vereinigten Staaten mit tragen zu helfen.

Vom Sozialistentag.

Zu unserm im heutigen Morgenblatt gegebenen Bericht über die Tagung der „Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie" haben wir noch mitzuteilen, daß die Sozialistentagung nach lebhafter Debatte mit allen gegen drei Stimmen den Antrag auf Bildung einer neuen Partei ablehnte. Damit dürften die süddeutschen Parteibildungsbestrebungen erledigt sein, da nunmehr sich alle Richtungen der Sozialdemokratie gegen diese ausgesprochen haben.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Um ¾10 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Baumbach die Sitzung. Reichsfinanzminister Erzberger ist noch nicht erschienen, wird aber für 12 Uhr mittags erwartet. Der Vorsitzende teilt mit, daß für den Tag der Urteilsverkündung die Tribüne gesperrt wird, und erteilt dann dem Oberstaatsanwalt Krause das Wort zur Replik.

Meine Herren! Der Staatsanwaltschaft sind in den Plädoyers eine Reihe von Irrtümern vorgeworfen worden. Ich muß das als eine völlige Verkennung der Situation bezeichnen. Der Vorwurf, der uns hier gemacht worden ist, ist ganz unrichtig. Die Abgeordneten der Parlamente sind nicht nur Vertreter ihres Wahlkreises, sondern

Vertreter des ganzen deutschen Volkes.

Deshalb besteht das größte Interesse, daß gerade diese Leute rein und makellos dastehen. Gerade weil Erzberger Herr Erzberger war und seinen politischen Einfluß nicht in der Garderobe zurückließ, sondern offensichtlich mit in das Zimmer nahm, waren ihm bei den Behörden alle Türen geöffnet. Die Staatsanwaltschaft habe sich übrigens, als das Verfahren gegen Frau Erzberger eingeleitet wurde, auf Vortrag des Dezernenten auch mit der Frage befaßt, ob nicht gegen Erzberger selbst vorgegangen werden sollte. Mit Rücksicht auf dessen Immunität und auf die später folgende Amnestie sei davon Abstand genommen worden.

Erster Staatsanwalt v. Clausewitz geht kurz auf den Fall Richter ein und kommt zu dem Ergebnis, daß, wenn der Eintritt Erzbergers in die Firma Richter nach der Angabe der Verteidigung früher erfolgt sei, als die Staatsanwaltschaft angenommen habe, sich die Sachlage nicht ändere. Eine Denunziation hält der Staatsanwalt v. Clausewitz für vorliegend. Zum Schluß wendet er sich mit einer persönlichen Bemerkung gegen die in der Presse zum Ausdruck gekommene Auffassung, als habe er über die

Friedensaktion und Friedensresolution

ein Werturteil abgegeben. Das sei nicht der Fall gewesen. Er habe es völlig dahingestellt sein lassen, ob die Friedensaktion und Friedensresolution vorteilhaft gewesen sind, und er habe lediglich gesagt, daß die Ergebnislosigkeit vielleicht darauf zurückzuführen sei, daß die Regierung und der Reichstag sich später nicht mehr strikt an die Friedensresolution hielten.

Dann nahm Geheimrat v. Gordon noch einmal kurz das Wort. In bezug auf die Denunziation wendet sich der Verteidiger gegen die Auffassung der Staatsanwaltschaft.

Der zweite Verteidiger des Nebenklägers, Rechtsanwalt Dr. Friedländer, setzt sich kurz mit dem Oberstaatsanwalt Krause über dessen Auffassung über die

Wiener Reise Erzbergers

auseinander.

Dann ergreift der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Alsberg, zu seiner Replik das Wort.

Wenn Herr Geheimrat v. Gordon das Buch Helfferichs über die wirtschaftliche Kriegsführung gelesen hat, dann muß er wissen, wie sehr gerade mein Klient als Staatssekretär des Innern im Kampf gegen gewisse Erscheinungen und Maßnahmen stand, die in ihrer Ausstrahlung allerdings geeignet waren, die alte Integrität unseres Beamtentums in Mitleidenschaft zu ziehen. Für Herrn Erzberger ist nicht einmal erst der Krieg der Lehrmeister der Korruption geworden. Der Krieg eröffnete zwar ihm, wie allen, die eine Vorliebe für das irreguläre Geschäft haben, ein reiches Betätigungsfeld. Aber, wie der Fall Pnigodin zeigt, in welchem die Kombination des Verkaufs seiner Geschäftsanteile an die Serumwerke und gleichzeitig ein parlamentarischer Druck auf das Kriegsministerium zugunsten der Serumwerke hier festgestellt worden ist, hat Herr Erzberger das bereits vor dem Krieg gekannt. Ueberall hat Herr Erzberger seinen politischen Einfluß ausgespielt und seine parlamentarische Stellung sogar da vorgeschützt, wo er schlechterdings nur als Thyssenscher Interessenvertreter gegen die Interessen der Allgemeinheit des Reiches auftrat.

Dr. Alsberg tritt dann mit Schärfe der Würdigung entgegen, die von Dr. Friedländer den Fällen Pnigodin und Hapag gegeben worden ist. Nach der Auslieferung unserer Schiffe seien die Aktien der Schiffahrtsgesellschaften überhaupt nur das wert gewesen, was die Schiffahrtsgesellschaften durch Herrn Erzberger als Entschädigungen zu erwarten gehabt hätten. Es lasse sich also ein krasserer Fall, in dem amtliche Kenntnis zu einem Spekulationsgewinn ausgenutzt wurde, überhaupt nicht denken.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Wirtschaft.

Holländisches Kapital am Kurzenmarkt. Die Bankfirma Grusser, Philipson u. Co., Amsterdam, schreibt in ihrem letzten Monatsbericht, den der „Börsen-Courier" veröffentlicht: Die fortgesetzte Depression der Markkurse hat dazu geführt, daß die markbesitzenden Holländer ihr Kapital in Holland belegt haben. An und für sich könnten nur gegenseitige Vorteile in diesen Transaktionen, sofern sie sich in gewissen Grenzen bewegen, gefunden werden, zumal die gewaltigen Ziffern der auf dem hiesigen Markt schwimmenden Markbeträge, die auf den Kurs drücken, dadurch vermindert werden. Aber der äußerst gedrückte Kurs der Mark veranlaßt manche kapitalistischen Kreise Hollands, in systematischer Weise durch Umlegen von Gulden à 37 bis 40 M. Interessen in deutschen Unternehmungen in einem Umfange zu erwerben, der für die Selbständigkeit der fraglichen Gesellschaften berechtigte Befürchtungen aufkommen läßt. Um so mehr, wenn man feststellt, wie manche holländische Banken planmäßig den billigen Erwerb deutscher Industrien zu den jetzigen **Ausverkaufspreisen** der Mark empfehlen. Ein charakteristisches Beispiel dafür fanden wir in dem kürzlichen Zirkular einer holländischen Provinzbank, die u. a. folgendes schrieb: „Wir werden an der Hand nachstehender Liste beweisen, wie heute Holländer zu **Spottpreisen** die sogenannten schweren Kohlen- und Kaliaktien Deutschlands unter Ausnutzung der gegenwärtigen Wertverminderung der Mark erwerben können und die für diese Aktien in Friedenszeiten bezahlten Preise gegenüberstellen:

	Friedenspreise: (höchste Kurse) (im Jahre 1913) 1,70 M. = 1 Gulden	Ausverkaufspreise: (im Febr. 1920) 35 M. = 1 Gulden
Graf Bismarck . . .	66,500 = 38,500	138,000 = 3943
Ewald	48,000 = 28 235	120,000 = 3430
Konstantin	50,000 = 29,580	117,500 = 3360
König Ludwig . . .	32,950 = 18,800	104,000 = 3000
Lothringen	31 800 = 18,410	198,000 = 3068
Burbach	13,000 = 7,600	44,000 = 1260
Glückauf	19,000 = 11,700	51,000 = 1460
Neustaßfurt	11,900 = 7,000	56,000 = 1600
Wintershall	19,300 = 11,300	120,000 = 3430

Die Art und Weise, wie hier das holländisches Kapital zum Erwerb von Anteilen in deutschen Unternehmungen animiert wird, ist zweifellos kennzeichnend genug. Helfen wird hier, wie gewöhnlich im Leben, nur die Selbsthilfe, so daß es vom deutschen Standpunkt nur begrüßt werden kann, wenn durch die Ausgabe neuer Aktienkategorien mit **mehrfachem**, nur Reichsdeutschen zu verleihendem Stimmrecht, die Gefahr eines überwiegenden ausländischen Einflusses in der deutschen Industrie abgeschwächt wird. Die Gewerkschaft, die Eigentümerin des Bergwerkes ist ein mit juristischer Persönlichkeit ausgestatteter Verband. Sie gibt Anteile aus, die **Kuxen**, die veräußert und verpfändet werden können. Nach dem Verhältnis der Kuxen nehmen die Gewerken an der Ausbeute oder an der Zubuße teil.

Groß-Berlin

Die Elternbeiratswahlen.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen über den Verlauf der Elternbeiratswahlen erhielten Stimmen

S.P.D.	15 000	und 280 Mandate,
U. S. P.	37 000	und 900 Mandate,
Christlich-Unpolitische . .	43 000	und 940 Mandate.

Nicht nur in allen höheren Schulen, sondern auch in den Gemeindeschulen gelang es den Christlichen, die Mehrheit, wenn nicht die absolute Majorität zu erringen. Eine Ausnahme davon machten nur wenige Gemeindeschulen im Norden der Stadt.

Mit welchen Waffen die Christlich-Unpolitischen den Kampf führten, darüber ein Beispiel aus Lichterfelde:

Dort hatte sich ein Ausschuß für christlich-vaterländische Gesinnung gebildet, der eine Liste aufstellte, während auf der anderen Seite ein Ausschuß unter der Parole: Fernhaltung der Politik aus der Schule in den Kampf zog. Der erste Ausschuß, an dessen Spitze ein Oberverwaltungsgerichtsrat sind, hatte am Eingang zum Wahllokal ein großes Plakat befestigt, auf dem in roten Lettern gedruckt sind: „Die andere Liste enthält Sozialdemokraten". Erregte dieses Plakat bei vielen Wählern großen Unwillen, so verstieg sich eine etwas temperamentvolle Dame dazu, es herunterzureißen und zu vernichten. Im selben Augenblick erhielt sie von dem schon erwähnten Oberverwaltungsgerichtsrat, der sich zur Verteidigung „seines" Plakates aufgestellt hatte, einen Schlag mit der Faust ins Gesicht. Das war das Signal zu einer allgemeinen Holzerei. Bald wälzte sich der Mann der Geschlagenen am Boden und wurde von den christlichnationalen Herrschaften mit Stöcken bearbeitet. So brachten die Hüter der Religion ihre wahrhaftchristliche Gesinnung am Wahltage schlagend zum Ausdruck.

Für eine Million Leinen gestohlen.

Auf dem Grundstück Friedrichstr. 5/6 befindet sich der Lagerkeller des Verbandes Deutscher Leinenwebereien. Die Räume waren durch starke Eisentüren abgeschlossen. Einbrecher bewältigten mit Stemmeisen und Brechstangen die Kellertür und suchten im Lager für eine Million gebleichtes Batistleinen für Tischzeug aus, das in kleinen Ballen aufgestapelt lag. Ein Mann aus der Nachbarschaft beobachtete die Einbrecher um 5½ Uhr bei der Arbeit, nahm seine Pistole, ging auf den Hof hinaus und gab einen Lärmschuß ab, um so Hilfe herbeizurufen. Ein der Einbrecher packte ihn und verhinderte ihn, weiter zu schießen. Die Bande fuhr dann mit der Beute in der Richtung nach dem Hallischen Tore zu davon. Der Mann, der die Flucht zu verhindern suchte, wurde von einem der Täter so lange festgehalten, bis der Wagen außer Sicht war. Dann ließ der Verbrecher von ihm ab, lief davon und entkam. Am Tatort ließen die Einbrecher drei Handtücher, auf denen sie ihre Füße abgetrocknet hatten, um etwaige Spuren zu verwischen, ein Stemmeisen und eine zerbrochene Brechstange zurück. Die Beute hatten sie in graue Leinensäcke gepackt, die sie ebenfalls in dem Lagerkeller fanden.

Die Sozialistische Studentenfraktion hat sich nunmehr in einer Stärke von 8 Mitgliedern konstituiert. In Anbetracht dessen, daß sie sich einer Mehrheit von Gegnern gegenübersieht, deren Kampfesweise (Fall Nikolai) und deren sonstiges Verhalten nicht dasjenige Entgegenkommen erwarten läßt, das die Sozialistische Studentenfraktion sich gegenüber beanspruchen muß, hat die Sozialistische Studentenfraktion es abgelehnt, sich an dem Siebenerausschuß, der studentischen Exekutive, zu beteiligen und ist entschlossen, gegenüber den reaktionären Strömungen an der Universität in die schärfste Opposition zu treten. In allen Fragen sozialpolitischer Art ist sie dagegen gemäß ihres Programms zur Mitarbeit entschlossen und hat dies durch Beteiligung an den verschiedenen Studentenausschüssen (Wohnamt, Speisehaus, Lesehalle usw.) bekundet. Anfragen und Mitteilungen sind an den Schriftführer Genossen Dr. Ritzinger, Berlin O., Grüner Weg 73, zu richten.

Das nennt man „auf frischer Tat"! Aus dem Dorfe Löpten bei Groß-Köris erfahren wir von einem Vorkommnis, das sehr der Aufklärung bedarf. Am 21. Februar, abends gegen 11 Uhr, wurde ein Dorfbewohner auf einem Wiesenweg von einem Räuber überfallen und niedergeschossen. Die Leiche wurde am 22. Februar, morgens gegen ½9 Uhr gefunden, blieb aber dann bis zum 26. Februar an der Fundstelle liegen. Angeblich hat der Gemeindevorsteher noch am 22. Februar vormittags die zuständige Behörde benachrichtigt, die darauf die Fortschaffung der Leiche untersagt haben soll. Vom 22. bis zum 26. Februar lag der Tote da zur Befriedigung der Schaulust zahlreicher Personen, die aus Löpten und benachbarten Orten zusammenkamen. Dann erst erlaubte das Gericht Wendisch-Buchholz, die Leiche ins Haus zu schaffen. Erst am 27. Februar erschien eine Gerichtskommission und stellte den Tatbestand fest. Inzwischen dürfte der Täter hinreichend Zeit gehabt haben, sich gegen Verfolgung zu sichern. Wie erklärt sich die Verzögerung?

Treptow-Baumschulenweg. Die Verbilligung der Milch für Minderbemittelte wurde derart durchgeführt, daß werdende und stillende Mütter, Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre, Halbkinder bis zum 6. Jahre sowie kranke und alte Personen pro Liter von der Gemeinde 1 Mark Zuschuß erhalten können. Anträge sind in der Säuglingsfürsorge in der Realschule, von Kranken usw. im Rathaus, Zimmer 40, anzubringen. Ferner wird im Monat März einmal ein halber Raummeter Brennholz an bedürftige Haushaltungen zum halben Preise (d. i. 20 M.), an besonders Bedürftige eventuell kostenlos abgegeben, soweit diese nicht bei der zu Weihnachten ausgezahlten Wirtschaftsbeihilfe berücksichtigt sind. Als bedürftig gilt ein Haushalt, der im Monat kein höheres Gesamteinkommen hat als 200 M. bei Alleinstehenden, 604 M. bei Ehepaaren ohne Kinder und 52 M. mehr pro Kind. Erwerbslose sollen nach vier Wochen ohne weiteres als bedürftig gelten. Als besonders bedürftig soll ein Haushalt rechnen, der weniger Monatseinkommen erzielt als ein männlicher Erwerbsloser gleichen Familienstandes einschl. der Winterzulage. Anträge sind unter Vorlegung der alten grünen Kohlenausweiskarte im Rathaus, Zimmer 50, anzubringen. Außer diesen von unseren Genossen angeregten Maßnahmen schweben noch deren Anträge auf Einführung der freien Bestattung und der Lernmittelfreiheit.

Britz. Der nächste Unterhaltungsabend für die Jugend wird Mittwoch, 7 Uhr, in der 1. Gemeindeschule, Chausseestr. 136/137, veranstaltet. Es wird ein Wilhelm-Busch-Abend werden, zugleich belehrender und unterhaltender Natur. Der Abend, der an sich schon schöne Stunden verspricht, wird noch durch Vorführung einer großen Reihe von guten Lichtbildern gewinnen. Er ist berechnet für die gesamte schulpflichtige Jugend von 9 Jahren an und für die schulentlassene männliche und weibliche Jugend. Eintrittspreis beträgt 25 Pf.; auch die Eltern können teilnehmen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Reinickendorf. ½ Pfund Marmelade (129).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 9. März.

Berlin.

27. Abt. 7 Uhr, bei Dobroklaw, Swinemünder Straße 11: Sitzung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute.

Charlottenburg. Kombinierte Funktionärsitzung 7 Uhr im Volkshaus.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bezirk 12, Osten. Dienstag 7 Uhr: Mitgliederversammlung in der „Viehhofsbörse", Ostbahnhofstraße 37. — **Volksabstimmung für Ostpreußen.** Dienstag in der 26. Gemeindeschule, Charlottenburg, Sybelstr. 20/1, Versammlung aller Abstimmungsberechtigten; Mittwoch in der Augusta-Viktoria-Schule in Berlin W 50, Nürnberger Str. 68; Donnerstag in der Herder-Realschule, Westend, Bayernallee 4. Die Sitzungen beginnen um 7½ Uhr.

Die Betriebsratswahlen.

Gegen die Gewerkschaftsbünde der Angestellten.

Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten wendet sich in einem Rundschreiben an seine Mitgliedschaften ganz entschieden gegen ein Zusammengehen mit den wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsbünden. Es heißt in diesen Richtlinien unter anderem:

„Die Betriebsratswahlen müssen ein Spiegelbild für die gewerkschaftliche Auffassung der großen Masse der Angestellten ergeben. Darum ist es grundsätzlich abzulehnen, bei den Wahlen gemeinsame Listen mit den Organisationen der Gewerkschaftsbünde aufzustellen. Es liegt dazu auch keine Notwendigkeit vor. Die Wahlen erfolgen nach dem Verhältniswahlsystem. Jede Liste wählt also so viel Vertreter, als ihr auf Grund der für sie abgegebenen Stimmen zustehen."

Die Mitgliedschaften werden des weiteren aufgefordert, überall da, wo in den Betrieben Mitgliedschaften anderer freigewerkschaftlicher Angestelltenorganisationen in Frage kommen, mit diesen gemeinsam Listen aufzustellen, sonst aber nur unter dem Werbeschild des Zentralverbandes der Angestellten in den Wahlkampf zu ziehen.

Ganz entschieden wendet sich die Verbandsleitung gegen die Aufstellung politischer Angestelltenlisten. Sie fordert die Mitgliedschaft auf, sich auch an der Werbearbeit für politische Listen unter keinen Umständen zu beteiligen. Wo die Möglichkeit vorhanden ist, soll mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammengegangen werden. Zu dieser Frage heißt es in den Richtlinien wörtlich wie folgt:

„Wo die nach § 19 des Betriebsrätegesetzes erforderlichen Voraussetzungen für eine gemeinsame Wahl von Angestellten und Arbeitern gegeben sind, können die Wahlen gemeinsam vorgenommen werden, jedoch nur mit einer freigewerkschaftlichen Arbeiterliste, grundsätzlich mit keiner politischen Liste."

Alle Zeichen sprechen dafür, daß die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten mit aller Wucht in den Wahlkampf eintreten werden, und daß das Ergebnis der Betriebsratswahlen einen Sieg des freigewerkschaftlichen Gedankens in der Angestelltenbewegung darstellen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Eisenbahner.

In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung der Berliner Mitgliedschaft des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde die vor zwei Wochen begonnene Diskussion über den Geschäftsbericht der Ortsverwaltung fortgesetzt. Neue Gesichtspunkte traten nicht mehr zutage. Der Kassenbericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen.

Ueber die für die Neuwahl der Ortsverwaltung aufgestellten Kandidaten kam es zu lebhaften Erörterungen, wobei die bekannten Richtungsgegensätze zum Ausdruck kamen. Der bisherige Ortsvorsitzende Schulz erklärte, eine Wiederwahl nicht anzunehmen, aber als Schriftführer zu kandidieren. — Ein Diskussionsredner verlangte, Schulz solle den Vorsitzendenposten wieder annehmen, in die Ortsverwaltung müßten Kollegen gewählt werden, die den Kampf mit dem Hauptvorstand aufnehmen.

Diesem Standpunkt trat der Ortskassierer Pietsch entgegen. Er sagte, es könne doch nicht Aufgabe einer Gewerkschaft oder einer Ortsverwaltung sein, gegen den Hauptvorstand zu kämpfen, sondern ein einiges Zusammenarbeiten der Verbandsinstanzen müsse gewährleistet werden. — Stolt gab den Ausführungen vom Kampf gegen den Hauptvorstand die Deutung: Man solle Männer in die Ortsverwaltung wählen, die von der Arbeitsgemeinschaft nichts wissen wollen, sondern Arbeiterpolitik treiben. Nicht auf formale Fähigkeiten der Gewählten komme es allein an, sondern darauf, wohin die Mitglieder geführt werden.

Angenommen wurde ein Antrag, der verlangt, daß die besoldeten Mitglieder der Ortsverwaltung aus dem Eisenbahndienst auszuscheiden haben. — Durch diesen Beschluß soll — wie der Antragsteller Uhlich sagte — erreicht werden, daß die Angestellten, die vom Eisenbahndienst nur beurlaubt wurden, nicht wieder in ihre alte Stellung zurückkehren können, wenn sie infolge eines Konfliktes mit den Mitgliedern ihr Amt niederlegen.

Ferner wurde beschlossen, daß die in die Ortsverwaltung Gewählten zurücktreten müssen, wenn sie das Vertrauen der Mitglieder nicht mehr haben.

(Also dem Angeklagten wird die Möglichkeit genommen, beim Ausscheiden aus dem Amt in seine frühere Stellung zurückzukehren. Die Mitglieder haben also die Möglichkeit, durch „Entziehung des Vertrauens"

die Angestellten buchstäblich auf die Straße zu setzen.

Den Angestellten, die sich nicht den wechselnden Stimmungen in Mitgliederkreisen anpassen, droht die Hungerpeitsche. Red. d. „Vorwärts".)

Die Wahlen selbst erfolgen durch Urabstimmung.

Die Versammlung beschloß die Erhebung eines einmaligen obligatorischen Extrabeitrages von 5 M.

Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die gegen die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Eisenbahnwerken protestiert und die Wiedereinstellung der anläßlich der Schließung der Werkstätten gemaßregelten Verbandsfunktionäre fordert.

Nachklänge zur Lohnbewegung der Rechtsanwaltsangestellten.

Die Berliner Rechtsanwälte haben für den Fall des Ausbruchs eines Streiks Richtlinien herausgegeben, die gegenüber Streikenden zu folgendem Vorgehen auffordern: Streikende Angestellte sind durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein aufzufordern, binnen 24 Stunden die Arbeit wiederaufzunehmen. Bureauvorstehern und Registratoren der Gruppe III ist dabei die sofortige Entlassung für den Fall des Weiterstreikens anzudrohen. Kein Kollege darf einen Angestellten, der infolge Streiks entlassen oder ausgetreten ist, in sein Bureau einstellen. Jeder Kollege hat die arbeitswilligen Mitarbeiter seines Bureaus gegenüber Streikposten zu schützen. Soweit Streikposten sich strafbarer Handlungen schuldig machen, ist sofort strafrechtliche Verfolgung zu beantragen. Abgesehen von Arrestsachen und einstweiligen Verfügungen ist grundsätzlich Vertagung zu bewilligen, falls ein Kollege unter Berufung darauf, daß in seinem Bureau gestreikt wird, Vertagung begehrt. In dringenden Fällen ist für Beweistermine auf ein aus dem gleichen Grunde gestelltes Ersuchen Ruhe des Verfahrens zu vereinbaren. Der Streikabwehrausschuß dient als Vermittlungsstelle. Zuwiderhandlungen gegen die hier aufgestellten Grundsätze sind mit voller Namensangabe sofort dem Streikabwehrausschuß zwecks weiterer Veranlassung zu melden.

Die Streikabwehrkolonne besteht aus den Rechtsanwälten Weck, Dr. Valhorn, Paul Fuhrmann, Martin Gottschalk, Max Hahn, Dr. Hüffener, Dr. Kilath, Loewe, Stephan Oppenheimer, Pinner und Dr. A. Richter.

Das Interessanteste an diesen Richtlinien ist jedenfalls, daß die Rechtsanwälte darauf ausgingen, die Prozesse zu vertagen; mit anderen Worten, auf Monate zu verschleppen. Den größten Schaden an dem Streik hätten also die Rechtsanwälte ihren Klienten aufgehalst. Auf den Schaden, der ihrer Mandantschaft durch eine derartige Verschleppung der Prozesse entsteht, nehmen sie keinerlei Rücksicht. Eine große Anzahl von Rechtsanwälten, die die Forderungen der Angestellten bewilligt hatten, haben sich nicht bereitgefunden, diese Richtlinien zu befolgen. Der Zentralverband ist bereit, in allen diesbezüglichen Fragen der gesamten Bevölkerung jederzeit gern Auskunft zu geben.

Streik in der Krawattenfabrikation.

Infolge von Lohnforderungen ist es bei der Firma S. Reichmann zu Differenzen gekommen, auf Grund deren die Vertrauenspersonen der Organisation nicht weiter beschäftigt werden sollen. Die Betriebs- und Heimarbeiterinnen haben daher die Arbeit eingestellt und den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung über den Differenzfall angerufen. Eines Formfehlers halber mußte der Klageantrag der Arbeiterschaft abgewiesen werden. Danach würde eine Maßregelung mehrerer Arbeiterinnen eintreten. Die Streikenden haben in einer am Sonnabend, den 6. März abgehaltenen Versammlung jedoch beschlossen, ihren Kolleginnen gegenüber Solidarität zu üben und den Kampf weiter zu führen.

An alle in der Krawattenfabrikation Beschäftigten wird das Ersuchen gerichtet, die Streikenden durch Verweigerung von Streikarbeit zu unterstützen.

Bäckerstreik in Hamburg.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung des Zentralverbandes der Bäcker nahm Stellung zur Aufhebung der Mehlkontingentierung. Allgemein wurde der Standpunkt vertreten, daß der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der den Bäckergesellen einen Wochenlohn von 186 M. zuspricht, nur unter der Voraussetzung von den Gesellen angenommen werde, daß die Mehlkontingentierung nach wie vor beibehalten wird. Da dies aber jetzt vom Kriegsversorgungsamt auf Veranlassung der Arbeitgeber aufgehoben wurde, so halten sich auch die Bäckergesellen nicht mehr an den Vertrag gebunden. Nach stundenlanger Aussprache wurde dann in geheimer Abstimmung mit 1200 gegen 100 Stimmen die sofortige Arbeitseinstellung beschlossen.

Verband der Zimmerer. Dienstag, den 9. März, abends 6½ Uhr, in Boekers Festsälen, Weberstr. 17: Allgemeine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Erläuterung des Betriebsrätegesetzes. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Deutscher Werkmeister-Verband. Versammlungs-Berichtigung Metallindustrie 3. Untergruppe c. Versammlung Dienstag, den 9. Febr., abends 7 Uhr; Untergruppe a Versammlung Dienstag, den 16. Febr., abends 7 Uhr; Untergruppe b und g Versammlung Freitag, den 12. Febr., abends 7 Uhr; Untergruppe e Versammlung Mittwoch, den 17. Febr., abends 7 Uhr. Sämtliche Versammlungen im Schultheiß, Neue Jakobstraße 24/25.

Verantw. für den redaktionellen Teil: Artur Richter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin X N. 54, Linienstr. 83—85
Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.

Nachdem vor acht Tagen in den schwebenden Differenzen unter Hinzuziehung zweier Vertreter des Hauptvorstandes Einigungsverhandlungen eingeleitet wurden, ist es nach mehrmaligen eingehenden Verhandlungen zu einer Verständigung auf nachstehender Grundlage gekommen: 128/11

Die Wahl der Betriebsräte erfolgt einheitlich durch die Gewerkschaften entsprechend den Beschlüssen unserer Organisation. Kein Verbandsmitglied, das diese Beschlüsse anerkennt, kann als Kandidat ausgeschaltet werden. Auf dieser Grundlage ist bereits in einer Reihe von Betrieben eine Verständigung unserer Verbandsmitglieder über eine einheitliche Kandidatenliste erfolgt. Diese Bemühungen, überall zu einer Einigung zu kommen, müssen beiderseits mit allem Nachdruck fortgesetzt werden. Bleiben in einzelnen Betrieben Differenzen bestehen, so ist die engere Ortsverwaltung anzurufen, um mit ihrer Hilfe eine Schlichtung dieser Streitfälle vorzunehmen. Die über dem Rahmen der Betriebsrätewahlen hinaus bestehenden Differenzen werden den Gegenstand weiterer Verhandlungen bilden, um auch darüber zu einer Verständigung zu gelangen. Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen hat die Tätigkeit bei den Fraktionen (S. P. D. und U. S. P. D.) zu ruhen.

Die Ortsverwaltung.

Ich zahle immer die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Gold- u. Silber-
Medaillen und andere Metalle sowie Alte Gebisse kauft
2 Ankaufsstellen
Gottheim, Mariannenstr. 12 und Schmidstr. 17 a.
gegenüber Schäferstraße.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33, — vis-a-vis der Markthalle — zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Bevor Sie Ihr **Reinzinn** verkaufen, erfragen Sie bei mir den Preis! Der Weg lohnt sich!!
Metallschmelze, Mariannenstr. 24, a. d. Kottbuser Brücke.
Tel. 10656 Nebenanschl.

Zahn-Praxis Sudter Nflg. Alexanderstr. 21, Hchh. Bülowstr.
9—12, 2—6. Sonntags 9—12.
Spezialität:
Gaumenloser Zahnersatz
Zähne 2 Jahre schriftl. Gar. 4 M.
Zähne „ „ „ 6 „
m. echtem Friedenskautschuk
Mundunterschneidung gratis. Keine Luxuspreise.

Höchste Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei
zahlt
C. Wilke, Stallschreiberstraße 45, Laden.

Zähne v. 4 M. an. Teilzahlung. Kronen 15 M. Plomben 1.50. Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt Wolff sof. Potsdamer Str. 33. Hochb. Sprechz. 9-7

Altmetalle, Lumpen, Papier, Eisen
kauft ständig zu höchsten Tagespreisen
H. Samuelsohn,
Berlin O 26, Naunynstraße 38, an der Oranienbrücke Moritzpl. 4900.
Mitgl. d. Vereins Groß-Berliner

Spiralbohrer, Schnelldrehstahl für dringend. Bedarf kauft Schwandt, Wolfenberger Straße 10.

Schick, modern werden
Damenhüte umgepreßt
Ecksteins Hutfabrik
Invalidenstraße 38
Ecke Chausseestraße.
Kein Laden.

Ankauf von
Platin, Gold und Silber
zu höchsten Tagespreisen.
G. Schliephacke, Friedrichstr. 210, Ecke Kochstr.

Gartenparzelle
eingezäunt, inmitten Kaulsdorf-Süd, prima Gartenboden, 127 Ruten, verkauft 6000 event. Halbanzahlung. 51,9*
Hübner, Blumenstraße 45.

Am Freitag, abends 10 Uhr, entschlief nach kurzem, aber schwerem Leiden meine mir unvergeßliche Frau und treue Mutter meines Kindes, unsere gute Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte
Mathilde Betto.
Um stilles Beileid bitten namens der Hinterbliebenen Hugo Betto, Boockstr. 15.
Beerdigung: Dienstag, 9. März, nachm. 1 Uhr, auf dem neuen Luisen-Kirchhof in Reinickdf., Hermannstr.

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Eine grundlegende Schrift des Sozialismus:
Friedrich Engels,
Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
6. Auflage. Mk. 2,—

Verkäufe

Mandlik, nahe Bahnhof, Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hüllen, Steglitz, Bismarckstraße 11, Fernsprecher Steglitz 2894.

Gardinen, Kunststickereien, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsberger Straße 13. 1598*

Gardinen aller Art, Kunststickereigardinen in reichhaltiger Auswahl, sowie Stores, Bettdecken, Steppdecken, Gardinenstoffe sehr preiswert. Magazinstraße 1, nahe Jannowitzbrücke, Alexanderplatz.

Frühjahrsneuheiten, einfache bis feinste Modelle, Mäntel, Röcke, schick Blusen, Seidenkleider für alle Gelegenheiten, Reizende Wollkleider billigst. Michaelis, Mauerstraße 80, eine Treppe, neben Konzerthaus. 41,20

Waschtoilette, Feldbettstelle, Tisch, Schale, Marianenstraße 26, Portal 1. 720

Gelegenheitskauf. Fabrik verkauft direkt an Private, für Gas und elektrische Kronen, zum Fabrikpreise. Brückenstraße 4 (Sonnenwirtbrücke). *

Nähmaschinen zu verkaufen Hahn, Prenzlauerstraße 20. *

Möbel

Chaiselongues 90,—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Anlegebeschränke. Meicke, Augustinstraße 22 A., Quergeb.

Möbelkredit. Spezialität Stube und Küche, sowie einzelne Möbel, bequeme Ratenzahlung. Dietenthal, Oranienstraße 144, am Heinrichsplatz, zwischen Moritzplatz und Görlitzer Bahnhof, nahe Hochbahn, Oranienstraße. Gegründet 1873. 1508*

Möbelkaufhaus, 40 Jahre bestehend, Belle-Alliance-Str. 14a, liefert als Spezialeinrichtung Schlafzimmer 1500,—, Herrenzimmer 1850,—, hochelegantes Speisezimmer 3500,—, moderne Arbeitswohnzimmer 1390,—, Kleiderschränke 675, Bücherschränke 265,—, Polstergarnitur Spiegelumbau 1450,—, Bettstellen komplett 150,—, Kleiderschränke, Vertikos 150,—, Umbauten, Tische, Standuhren, Ruhebetten sehr billig. Kurzfristige, verliehene gewesene Einrichtungen unter Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung.

Mejewski's Möbelhaus, Bedstraße 66. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Riesenauswahl, konkurrenzlos preiswert. Schlafzimmer 2050 bis 18 750, Speisezimmer 2075 bis 27 700, Herrenzimmer 1290 bis 16 875, Wohnzimmer 1690 bis 5690, Küchen 775 bis 5925. Billige Einzelmöbel. Langjährige Garantie. Lieferung, auch Vororte, kostenlos, auswärts frachtfrei. Sagerung unentgeltlich. Kein Kaufzwang.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, lackiert, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Hiemel, Lothringerstraße 21 (Schönhauser Tor).

Möbelhaus Georg Lennigkeit, Oranienstraße 172/173. Große Auswahl in Nußbaum-Wohnungseinrichtungen, Klubeinrichtungen, Eichen-Schlafzimmer sowie Herrenzimmer und Speisezimmer. 1375*

Möbel. Infolge günstigen Einkaufs Riesenlager in 4 Etagen. Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen, einzelne Möbel. Auf Wunsch Teilzahlung. Möbelhaus A. Damitz, Rosenthalerstraße 40/47. 1568*

Musikinstrumente

Klerling-Pianos, neue, gute erprobte wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 9. 752*

Einzelpreise Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, Zuberk billig. (Unterricht 20,— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Musik- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Prinzenstr. 150. 1568

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Hecker, Andreasstraße 47. 438*

Pianos, Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stilart, Kunstspielklaviere, Rosenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Kuferbestellungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Ebem, Münzstraße 16. *

Rabenstein, Pianos, Flügel, Friedenswerte, größte Auswahl, Münzstraße 16. *

Fahrräder

Fahrradgummi, Riesenmengen. Schwandke, Linienstraße 19. 41,9*

Kaufgesuche

Kupfer! Messing! Zinn! Sammelt! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen im unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Brunnenstraße 11 (am Mathildenplatz); 2.) Kreuzstraße 43 (am Weddingplatz); 3.) Beusselstraße 23. 1668

Metallschmelze Mariannenstraße 24 (am Heinrichplatz). Allerhöchste Tagespreise sämtlicher Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber.

Pianos, Flügel oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III. 1512*

Metalle! Bedeutende Preiserhöhung! Platin, Zahngebisse, Zahn bis 75,—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Goldersatzes Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Grammsilber! Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! Höchstzahlend Schmelzerei Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31, Alexander 4345. 138*

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alte Zahngebisse, Abfälle, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, unmodern gewordener Schmuck, Tafelaufsätze sowie Getränke kauft zu höchsten Tagespreisen Goldschmelze Kotowski, Berlin, Brunnenstraße 168. Telephon: Humboldt 2488. Eigene Schmelze, Gelbgießereibetrieb. *

Kupfer! Messing! Zinn! Sammelt! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Gitschinerstraße 2 (Ecke Schönebergerstraße, am Anhalter Bahnhof); 2.) Weinbergsweg 73 (am Weinbergspark); 3.) Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 1078

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Prenzlauerstraße 24. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Mühsam, Waldstraße 3. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft G. Ermel, Gubenerstraße 50. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Degener, Dahnstr. 48, Schöneberg. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Hanse, Stallschreiberstraße 46 A., Ecke Lausitzer Platz. *

Schnellentbinder, neue, bis 200 Prozent und mehr kauft laufend Friedrich Morgenstern, Lichtenberg, Weichselstraße 18, Alexander 1260. 2

Natur-Gefiederte à 22 Pf. kaufen jeden Posten R. Rochenstein G. m. b. H., Charlottenburg, Windscheidstraße 5. 1348*

Schellack, Leim, Terpentin, Bleiweiß, Firnis kaufen Gebrüder Borowski, Sneisenaustraße 8, Kollendorf 3879. *

Spiralbohrer neu, jeden Posten bis 200 Prozent, auch Patentschaft, Reifen und Polschrauben kauft Metallgesellschaft, Lichtenberg, Gärtnerstraße 12, Alex. 3273. 1000*

Klaviere kauft Mefevius, Weberstraße 30, Königstadt 6646. 1500

Silberschmelze Christlonal, Köpenickerstraße 208 (gegenüber Montenfelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinnadelöhle, Goldfischen, Silberfischen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie ähnliche Metalle. *

Elektromotoren für jede Stromart und Spannung zu kaufen gesucht. Ing. Kaufmann, W. 15, Meierottostraße 1. Tel. Pfalzburg 542 und 92. 1540D

Spiralbohrer zahlt über Tagespreise Author, Chrittbunerstraße 41. 720*

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienta, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus 17.

Rudolf Meurer's Privatzuschneideschule, Inhaber Alfred Meurer, Friedrichstr. 61. Gegründet 1871. Unisex-Herren- Damenschneiderei Wäsche. Lehrplan 7 Lehrmonate. 90*

Kunstschule Friedrich, Prenzlauerstraße 52/53. Neue März-Schnellzirkel beginnen.

Privatkurse Ehre Simon, Markgrafenstraße 18, Stellenprospekt. 1000*

Verschiedenes

Detektive Damm, Innsbruckerstraße 38, Norden 7212. Auskünfte, Ermittelungen, Beobachtungen, Beweismaterial, Verbrechen Aufklärung.

Vermietungen

Möbliertes Vorderzimmer an Ehepaar (mit Küchenbenutzung). Stralauerstr. Urbanstraße 173. 1050*

Arbeitsmarkt

Näherinnen auf Kleppkragen und Mäntelnähten bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung per sofort gesucht. Herrenwäschefabrik Felix Jablonka, Heilsberger Straße 13. 1500*

Schreiber, flinker, guter Handschrift, sofort Offerten mit Gehaltsansprüchen, S. 4 Hauptexpedition Vorwärts.

Hosenträger, Gebübte Näherinnen in und außer dem Hause suchen für dauernde Beschäftigung Isler u. Schneemann, Spandauerstr. 19. 42

Geübte Knopflöcherinnen auf Bettfeldern sucht Hempe, Gutenbergstraße 2, vorn 1. 720

Geübte Packerin für Blumen und Federn verlangen Theodor Piesbergen u. Co., Kommandantenstraße 6. 42